



ENTSCHLIESSUNG Nr. 17) **Verteidigung menschenwürdiger Arbeit und Sicherstellung hochwertiger öffentlicher Dienste**

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

STELLT FEST, dass die öffentlichen Dienste von Guyana seit der Kolonialzeit als Berufsbeamten-/beschäftigtendienst mit dauerhaft ruhegehaltsberechtigten Stellen funktionieren und die Kommission für den Öffentlichen Dienst (*Public Service Commission - PSC*) für die Ernennung von Personen auf diese Posten zuständig ist;

Dass die Regierung von Guyana seit ihrer Amtsübernahme 1992 die Unabhängigkeit der PSC durch Weisungen an die Kommission betreffend den Zeitpunkt für die Besetzung von freien Stellen und gelegentlich auch zur Person, die auf einen Posten ernannt werden soll, untergraben hat; und

Dass die GPSU die Regierung aufgefordert hat, dieses Vorgehen einzustellen;

Doch dass die Regierung diese Praxis fortsetzt;

IN ANERKENNUNG

Ihrer Auswirkungen für öffentliche Bedienstete und die Glaubwürdigkeit des öffentlichen Diensts verklagte die GPSU die Regierung wegen dieser unrechtmäßigen Praxis, die nach Anhörung des Falls vom Gericht für verfassungswidrig erklärt wurde;

IN FESTSTELLUNG,

Dass die Regierung die Praxis fortsetzte, weshalb die Gewerkschaft sie darauf hinwies, dass sie dem Gerichtsbeschluss zuwider handele, und sie aufforderte, dies zu unterlassen;

IN ANERKENNUNG,

Dass die Regierung von Guyana zwar aufgehört hat, der PSC Weisungen zu erteilen, gleichzeitig aber willkürlich Personen mit Jahresverträgen auf solche Posten berufen hat, und das für Beschäftigungszeiträume, die mit den Maßnahmen der PSC zur Besetzung dieser Posten kollidieren;

IN FESTSTELLUNG,

Dass die Regierung ebenfalls Einschüchterungsversuche unternommen hat, wonach Personen, die sich der Gewerkschaft anschließen, damit ihre Vertragsverlängerung gefährden.

Dass diese Ernennungen Beförderungschancen und Aufstiegsmobilität von dauerhaft auf rentenberechtigten Posten beschäftigten Personen im öffentlichen Dienst verhindern und damit Frustration auslösen und Viele zum Ausscheiden aus ihren Arbeitsverhältnissen veranlassen;

IN SORGE

Dass die Regierung die Aufforderung, dieses Verhalten einzustellen und die Ungerechtigkeit ihres Handelns anzuerkennen, nicht wahrnimmt, ein Verhalten,

- i. welches zur Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte beiträgt, indem es die Karrierechancen der Beschäftigten beeinträchtigt;
- ii. welches die Beschäftigungssicherung aufhebt, womit die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse steigt; und wodurch
- iii. gleichzeitig die öffentlichen Dienste Guyanas politisiert werden, so dass ihre Integrität und Glaubwürdigkeit beeinträchtigt werden;

APPELLIERT

An alle PSI-Mitgliedsgewerkschaften zur Unterstützung der Bemühungen der GPSU im Hinblick auf die volle Wiederherstellung des Berufsbeamtenstatus, in dessen Rahmen die ArbeitnehmerInnen Beschäftigungssicherheit genießen und verpflichtet sind, der aktuellen Regierung treu zu dienen und die BürgerInnen Guyanas und alle anderen NutzerInnen des öffentlichen Dienstes ohne Angst oder Begünstigungen zu behandeln; und

BEAUFTRAGT

den Generalsekretär, die Sorgen des Kongresses an die Regierung von Guyana zu übermitteln.

Hier können alle [Kongressentschlüssen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.